

Lösungen

Fragebögen 1 bis 12



IN DIE ZUKUNFT GEDACHT

Bilder und Dokumente
zur Deutschen
Sozialgeschichte

Fragebogen 1

Vom Mittelalter bis zum Aufbruch 1848

1. Freier Text; Betteln war weit verbreitet.
2. Im Feudalismus waren die Bauern von ihren Grundherren abhängig.
3. Über 80 Prozent der Menschen waren Bauern.
4. Diejenigen, die nicht für ihren Lebensunterhalt aufkommen konnten und keine Familie hatten: Vor allem Bauern, unselbstständige Arbeiter, Arbeitslose, Kranke, Invalide, allein stehende Frauen, Witwen, Waisen, Alte und andere Randgruppen der ständischen Gesellschaft.
5. Die Kirche, reiche Gönner, außerdem Klöster, Hospitäler und Armenhäuser.
6. Weil die hygienischen Verhältnisse so katastrophal waren: keine Kanalisation, enge und dunkle Wohnungen, kein fließendes Wasser, mangelnder Lebensmittelschutz.
7. Bauernaufstände, Räuberei, Bandenkriminalität, Wilderei usw.
8. Erneuerungsbewegung im Christentum. Reformator Martin Luther (1483 bis 1546); er will Klöster auflösen und die Armen aus dem Kirchenvermögen unterstützen.
9. Ein Monarch hat den Anspruch auf nahezu uneingeschränkte (absolute) Herrschaft.
10. Adam Smith erklärte 1776, dass die freie wirtschaftliche Betätigung und Arbeit des Einzelnen ohne staatliche Bevormundung zum Wohlstand der ganzen Nation führe.
11. Johannes Gutenberg, um 1450
12. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.
13. v. Stein, v. Hardenberg, v. Gneisenau; an der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert.
14. Nach der Revolution kam dort die frei gewählte deutsche Nationalversammlung zusammen und erarbeitete die erste deutsche Verfassung.

Fragebogen 2

Industrielle Revolution und Arbeiterbewegung 1848–1880

1. Freier Text; Kinderarbeit in einer Fabrik.
2. Die Dampfmaschine.
3. Maschinen begannen Muskelkraft zu ersetzen; Fabrikarbeit, freie Marktwirtschaft usw. veränderten grundlegend die menschlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse; wachsender Wohlstand, aber auch neue Formen von Armut entstanden.
4. Bis zur Vollendung des neunten Lebensjahrs sollte kein Kind in Fabriken regelmäßig beschäftigt werden, vom neunten bis zum 16. Lebensjahr sollten nicht mehr als zehn Stunden täglich gearbeitet werden.
5. 1835; Nürnberg und Fürth.
6. bis 17 Stunden.
7. 1844 kam es zu einem verzweifelten Aufstand schlesischer Weber, der vom Militär niedergeschlagen wurde.
8. Sonntag war der einzige arbeitsfreie Tag.
9. Sicherung des Existenzminimums für Arbeiter; ausreichende Ernährung und gesundheitliche Fürsorge; Schutz gegen Lebensrisiken wie Unfall, Krankheit, Alter.
10. Pocken, Typhus, Tuberkulose, Cholera.
11. Betriebliche Sozialpolitik, Arbeiterwohnungen.
12. Weil die meisten Menschen sich es nicht leisten konnten, einen Arzt zu bezahlen.
13. Durch den Bau von Kanalisation in den Städten verbesserten sich die hygienischen Verhältnisse entscheidend.
14. Rudolf Virchow (1821–1902).
Das Recht auf Gesundheit ließ sich aber nicht durchsetzen.
15. 1860er Jahre; Organisation der Arbeiter, Interessenvertretung, Verbesserung der Einkommensverhältnisse und der Arbeitsbedingungen.
16. Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
17. Weil mangelnde Sicherheitsvorkehrungen immer wieder zu schweren Unfällen führen.

Fragebogen 3

Bismarcks Sozialgesetze 1880–1889

1. Reichskanzler Otto von Bismarck, Kaiser Wilhelm I.; Kaiserproklamation und Reichsgründung in Versailles, einem Pariser Vorort, im Januar 1871 während des deutsch-französischen Krieges.
2. Der erste deutsche Reichskanzler.
3. Vom Kaiser.
4. Die Attentate auf den Kaiser im Mai und Juni 1878; Unterdrückung der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften.
5. Mit der Kaiserlichen Botschaft wurde der Reichstag beauftragt, Gesetzesvorlagen über Unfall-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherungen zu erarbeiten.
6. 1883 Krankenversicherung, 1884 Unfallversicherung, 1889 Invaliditäts- und Altersversicherung.
7. Arbeitnehmer und Arbeitgeber;
8. 70 Jahre.
9. Mit 65 Jahren.
10. 1870–1890. Der Abbau von Handelszöllen sowie die Gelder der französischen Kriegsentschädigung lösen einen wirtschaftlichen Aufschwung aus.
11. Eine Kannleistung.
12. Bei der Unfallversicherung.
13. 10,33 Reichsmark.
14. Zwangsversicherungen.
15. Überwiegend ablehnend.

Fragebogen 4

Wilhelm II. und Erster Weltkrieg 1889–1918

1. Kaiser Wilhelm II. Er wollte die Arbeiter von der Sozialdemokratie trennen.
2. Berlin wuchs in dieser Zeit von 970.000 auf über 2 Millionen Einwohner.
3. Die größte Fraktion.
4. Gegen Pocken, Cholera und Pest.
5. 1911 mit der neuen Reichsversicherungsordnung, die alle drei Sozialgesetze zu einem Gesetzbuch zusammenfasste.
6. Sie werden als wichtiger Bestandteil der Kriegswirtschaft angesehen und man kommt ihnen deshalb in vielen Fragen entgegen.
7. Beginn der Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben. Die Arbeiterausschüsse sind die Vorläufer der heutigen Betriebsräte.

8. 1910 sind 9 Millionen Arbeitstage durch Streiks ausgefallen.
9. 8-Stunden-Tag.
10. Weil die Wählerstimmen nach der Höhe der gezahlten Steuern gewichtet werden.
11. Weil Fortschritte in der Medizin und der Hygiene sowie die neue Krankenversicherung hierfür ausschlaggebend sind.
12. Weil es große Erfolge bei der Bekämpfung der Infektionskrankheiten gibt, die Säuglingssterblichkeit zurückgeht und die Tuberkulose bekämpft wird.
13. Wiedereinführung der 12-Stunden-Schicht, Aufhebung verschiedener Arbeitsschutzbestimmungen für Jugendliche und Frauen; verschlechterte Lebensmittelversorgung.
14. Es arbeiten nur Frauen.
15. Kaiser Wilhelm II. dankt nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg ab und in Deutschland wird die Republik ausgerufen.

Fragebogen 5

Weimarer Republik 1918–1933

1. Dies alles geschah.
2. Spontane, revolutionäre Vereinigungen von Arbeitern und Soldaten ergriffen an verschiedenen Orten die Macht und berieten; überall in Deutschland entstanden Räte, die den Willen des Volkes direkt umsetzen sollten.
3. Weil in Weimar die deutsche Nationalversammlung die Verfassung erarbeitete.
4. Allgemeines Wahlrecht, bürgerliche Freiheiten, Presse-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, Tarifaufonomie, Betriebsräte, 8-Stunden-Arbeitstag usw.
5. Auch Frauen hatten erstmals aktives und passives Wahlrecht.
6. Die geplante Verstaatlichung scheiterte, es blieb weiter bei freipraktizierenden Ärzten und der Finanzierung über die Krankenkassen.
7. Eine Grundversorgung mit Nahrungsmitteln.
8. Seit 1920.
9. Staatliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus und durch Mieterschutz.
10. Die Arbeitslosenversicherung.
11. 1929.
12. Geldentwertung.
13. Alle sind richtig.

Fragebogen 6

Der Nationalsozialismus 1933–1945

1. Adolf Hitler.
2. Der Reichstagsbrand.
3. Das Ermächtigungsgesetz.
4. Bereits am 2. Mai 1933 wurden die Häuser der Gewerkschaften gestürmt und die Gewerkschaften aufgelöst. Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 verbot das Koalitions- und Streikrecht.
5. Der Reichsarbeitsdienst (RAD) war seit 1935 eine halbjährige Dienstverpflichtung für junge Männer und Frauen. Er diente vor allem der politischen Schulung und vormilitärischen Ausbildung.
6. Als Hausfrau und Mutter möglichst vieler Kinder, oder in dienenden und pflegenden Berufen.
7. Um die Kriegsproduktion aufrechterhalten zu können, denn die Männer mussten ja als Soldaten in den Krieg ziehen.
8. Durch Rüstungsaufträge.
9. Es wurden Synagogen, Häuser und Geschäfte von Juden zerstört.
10. 1942 auf der Wannseekonferenz in Berlin.
11. Buchenwald, Bergen-Belsen, Oranienburg.
12. Geschwister Scholl, Goerdeler, Staufenberg, u. a.: Studenten, Soldaten, Beamte, Priester. Viele wurden 1943–45 hingerichtet.

Fragebogen 7

Besatzungszeit 1945–1949

1. USA, Großbritannien, Sowjetunion und Frankreich teilten Deutschland und die Hauptstadt Berlin in vier Besatzungszonen auf.
2. 12 Millionen.
3. Marshallplan.
4. Trümmerfrauen.
5. Es fehlte an allem.
6. In den drei westlichen Besatzungszonen.
7. In der sowjetischen Besatzungszone.
8. 1948 wurden in den drei westlichen und in der sowjetischen Besatzungszone jeweils getrennte Währungsreformen durchgeführt.
9. In der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin.

10. In den drei westlichen Besatzungszonen.
11. In der sowjetischen Besatzungszone.
12. Vom Juni 1948 bis Mai 1949.
13. Über ein Luftbrücke.
14. a) Die Bundesrepublik Deutschland; b) die DDR.

Fragebogen 8

Deutsche Demokratische Republik 1949–1990

1. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am 7. Oktober 1949.
2. Am 10. Oktober 1949.
3. Aus der sowjetischen Besatzungszone; am 7. Oktober 1949.
4. Ja.
5. Parteidiktatur.
6. Die gesamte Industrie- und Wirtschaftsproduktion wurde von einer zentralen Wirtschaftskommission geplant und gelenkt. Durch Verstaatlichung wurde der industrielle Großbesitz in „volkseigene Betriebe“ umgewandelt.
7. Um Güter, Dienste und Leistungen auf einem niedrigem Preis zu halten, muss der Staat immer mehr Zuschüsse (Subventionen) zahlen.
8. Nein.
9. Ein staatliches und betriebliches Gesundheitswesen.
10. Am 17. Juni 1953 gab es in der DDR einen „Arbeiteraufstand“. Er wurde mit Hilfe von sowjetischem Militär niedergeschlagen.
11. Die massenhafte Flucht von Menschen aus der DDR.
12. Frauen wurden voll in den Arbeitsprozess aufgenommen. Fast die Hälfte aller Beschäftigten waren Frauen. Kinder wurden in Kindergärten und Kinderkrippen kostenlos ganztags betreut.
13. 40 Prozent der Nettolöhne betrug die Rente im Durchschnitt.
14. Die Versorgung und die soziale Betreuung der Menschen.
15. Abschaffung des Machtmonopols der SED, Freie Wahlen, Demokratie, Reisefreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Wiedervereinigung.

Fragebogen 9

Bundesrepublik 1949–1966

1. Den Parlamentarischen Rat in Bonn, der das Grundgesetz am 23. Mai 1949 verabschiedet.
2. Ein freiheitlicher, demokratischer und sozialer Bundesstaat.
3. 1952.
4. 1957 in Rom.
5. Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande.
6. Konrad Adenauer.
7. Ludwig Erhard, 1963.
8. Tarifverträge.
9. 96 Prozent der in Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmer haben einen Urlaubsanspruch von fünf und mehr Wochen.
10. Bei der Montanmitbestimmung.
11. Arbeitsschutz soll vor den Gefahren am Arbeitsplatz schützen.
12. Ja, z. B. keine Überforderung, keine Akkordarbeit, keine Arbeit unter Tage.
13. Alle diese Gruppen sind in die gesetzliche Unfallversicherung einbezogen.
14. Der Arbeitgeber trägt die Beiträge zur Unfallversicherung allein.
15. Das Beruhigungsmittel „Contergan“, von werdenden Müttern eingenommen, führte zu diesen schweren Missbildungen.

Fragebogen 10

Bundesrepublik 1966–1982

1. Der Club of Rome.
2. Am 23. Januar 1973.
3. Er setzte auf Entspannung in Europa.
4. 1979.
5. 1957.
6. Heute durchschnittlich 17 Jahre lang.
7. 1995.
8. Die Pflegeversicherung ist eine Pflichtversicherung für alle.
9. Das Angebot von Arbeitskräften und die Nachfrage nach Arbeitskräften.
10. Ja, wenn er „bedürftig“ ist, d. h. seinen Lebensunterhalt nicht anderweitig bestreiten kann.

11. Ausbildung im Betrieb mit Berufsschule, Studium an der Universität oder Fachhochschule.
12. Er hängt von Bildung und Innovation (neuen Produkten, neuen Erfindungen neuen Entwicklungen etc.) ab.
13. Weniger Jugendliche steigen in die Arbeit ein.
Die Renten müssen länger gezahlt werden.
Der medizinische Aufwand erhöht sich.
Mehr Menschen sind auf Pflege angewiesen.
14. Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die sieben größten Industrienationen einigten sich auf eine weltweite Strategie gegen die Wirtschaftskrise.

Fragebogen 11

Bundesrepublik 1982–1998

1. Bundeskanzler Helmut Kohl.
2. Durch Glasnost (Öffentlichkeit/Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung).
3. Am 20. Juni 1991.
4. Die Bevölkerung der DDR mit ihren Straßenprotesten.
5. Seit dem 3. Oktober 1990.
6. Auf die Ursache der Behinderung kommt es nicht an, Leistungen zu Rehabilitation stehen allen behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen zu.
7. Es ist ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft;
z. B. müssen sie durch die Beseitigung von Hindernissen Chancengleichheit erhalten (Barrierefreiheit).
8. Auf Krankenhäuser 34 Prozent, auf Arzneien 23 Prozent und auf Ärzte 15 Prozent.
9. a) über gesundheitsgerechtes Verhalten,
b) über die Bekämpfung von AIDS,
c) über die Bekämpfung illegaler Drogen, gegen das Rauchen und gegen Alkoholmissbrauch.
10. 1969.
11. Alle Nennungen sind richtig.
12. Die Antwort kann frei formuliert werden.
13. 1973, als sich eine Beschäftigungskrise in Deutschland zeigte.
14. 1989, an der ungarisch-österreichischen Grenze.

Bundesrepublik 1998–2007

1. Am 1. Januar 2002 wird der „Euro“ in 12 Staaten in Europa eingeführt.
2. Bundeskanzler Gerhard Schröder, um bessere Voraussetzungen für den Standort Deutschland in der Welt zu schaffen und die Finanzierung der Sozialsysteme zu sichern.
3. In Berlin, im Regierungsviertel.
4. Angela Merkel ist die erste Bundeskanzlerin der Bundesrepublik. Sie wurde 2005 gewählt.
5. Eine Leistung des Staates, die Menschen helfen soll, die ihren Unterhalt und sonstigen Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können.
6. Sie soll die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Dabei müssen die Betroffenen aber auch nach eigenen Kräften mitarbeiten.
7. Krankenhäuser, Altenheime, Familienberatung etc.
8. Soziale Dienste werden sowohl von öffentlichen (Gemeinden, Landkreise) als auch von freigemeinnützigen Trägern (z. B. Kirchen, Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt etc.) oder privaten gewerblichen Anbietern betrieben.
9. 25 Prozent der westdeutschen Wohnungen waren zerstört.
10. Sozialer Wohnungsbau
11. Berechtigte sind z. B. Kriegsopfer, Opfer von Impfschäden, Personen die beim Wehr- oder Zivildienst Gesundheitsschäden erleiden, Opfer von Gewalttaten.
12. Die Entschädigungen werden aus allgemeinen Steuermitteln bezahlt.
13. Die Entschädigung von Hab und Gut, dass durch den Zweiten Weltkrieg verloren gegangen ist.
14. Die Mediziner befürchten, dass sie auf den Menschen übertragbar ist und das es dann zu einer weltweiten Epidemie kommen könnte.

Herausgeber

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales
2007 (kh)

Text

Richard Jilka, Günter H. Ast

Gestaltung

Hansen Kommunikation, Köln

Bestell-Nr. A 196

Bestellungen unter
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales
Referat Information,
Publikation, Redaktion
53107 Bonn
Tel. 0180/51 51 51 0*
Fax 0180/51 51 51 1*
info@bmas.bund.de
www.bmas.bund.de

* 0,14 Euro/Min.
aus dem deutschen Festnetz



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

